

DeZIM Data.insights +

DDI #21 | 26 Berlin, August 2026

Stabilität und Wandel

Welche Parteien können sich Wähler*innen mit und ohne Migrationshintergrund vorstellen zu wählen?

STABILITÄT UND WANDEL

Welche Parteien können sich Wähler*innen mit und ohne Migrationshintergrund vorstellen zu wählen?

Friederike Römer, Long Nguyen, Mara Junge und Jannes Jacobsen

ZUSAMMENFASSUNG

Da sie die Interessen und Anliegen der Wähler*innen politisch vertreten, kommt Parteien eine zentrale Funktion zu. Wie unterschiedliche Bevölkerungsgruppen die Parteienlandschaft wahrnehmen, ist ein wichtiger Indikator dafür, wie sie sich in der Gesellschaft repräsentiert fühlen. Das vorliegende DeZIM Data.insight analysiert, welche Parteien sich deutsche Staatsbürger*innen mit und ohne Migrationshintergrund¹ vorstellen können zu wählen.² Die zugrundeliegenden Daten wurden in den Wintern 2023/2024 und 2024/2025 erhoben. Verglichen werden die Bewertungen von Menschen ohne Migrationshintergrund, mit Bezug zur MENA³-/Türkei-Region, mit Bezug zu Ländern der früheren Sowjetunion sowie mit Bezug zu Ländern der EU.⁴ Dabei wird ausgewiesen, wie groß der Anteil der Befragten ist, die sich grundsätzlich vorstellen können, SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke oder AfD⁵ zu wählen.

Was sich zuerst feststellen lässt: Über den gesamten Zeitraum hinweg gibt es stabile Unterschiede zwischen den untersuchten Gruppen. Wähler*innen mit Bezug zur EU und Wähler*innen ohne Migrationshintergrund bewerten die Parteien relativ ähnlich. Im Vergleich zu Wähler*innen ohne Migrationshintergrund ziehen Wähler*innen mit Bezug zur MENA-/Türkei-Region häufiger in Betracht, Die Linke zu wählen, während sie Die Grünen im Schnitt als weniger wählbar einstufen. Auch unter Befragten mit Bezug zur früheren Sowjetunion ist der Anteil derer, die Die Grünen für wählbar halten, im Vergleich geringer. Die AfD wird in dieser Gruppe zwar von einem größeren Anteil als wählbar erachtet als in den anderen Herkunftsgruppen – SPD und CDU erzielen aber auch hier höhere Wählbarkeitswerte als die AfD.

Keine der Parteien wird im Winter 2024/2025 im Schnitt als wählbarer bewertet als im Jahr zuvor; in der Tendenz schätzten die Befragten sie sogar als weniger wählbar ein. Mit Blick auf politische Repräsentation und Teilhabe ist diese zunehmende Distanzierung ein relevantes Signal. In der Gruppe der Wähler*innen mit Migrationshintergrund ist dieser Rückgang

¹ Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde.

² Ausgewertet wird der Indikator „Wahlneigung“ (im Englischen „propensity to vote“, abgekürzt PTV).

³ MENA: Middle East and North Africa

⁴ Für eine Übersicht der Zuordnung einzelner Länder zu den jeweiligen Regionen siehe [Anhang I](#).

⁵ Das BSW wird in diesem DeZIM Data.insight nicht gesondert ausgewiesen, da aktuelle Auswertungen der Sonntagsfrage nahelegen, dass die Fünf-Prozent-Hürde von dieser Partei nicht erreicht werden würde. Auch die FDP ist nah an der Fünf-Prozent-Hürde, war aber zum Zeitpunkt der ersten Befragung noch an der Regierung beteiligt und wird daher hier ausgewertet.

ausgeprägter. Statistisch signifikant ist er in der Befragten-Gruppe mit MENA-/Türkei-Bezug für die Parteien SPD, CDU/CSU und Die Linke. Insgesamt ist der Anteil der Befragten, die die Parteien kategorisch ablehnen, in den Gruppen mit Bezug zur MENA-/Türkei-Region sowie zur früheren Sowjetunion höher.

Darüber hinaus unterscheiden sich die Parteien deutlich darin, wie stark sie abgelehnt oder befürwortet werden. Während SPD und CDU/CSU vergleichsweise selten kategorisch ausgeschlossen werden, trifft dies auf die AfD bei zwei Dritteln der Befragten zu. Am stärksten ausgeprägt ist die kategorische Ablehnung der AfD in der Gruppe mit MENA-/Türkei-Bezug. Innerhalb der Gruppen, die eine Partei grundsätzlich als wählbar erachten, variiert daneben die Intensität der Wahlneigung: FDP und Die Linke erhalten nur selten die höchste Bewertung, während die Werte für CDU/CSU und Die Grünen annähernd normal verteilt sind. Die AfD erzielt unter den Personen, die sie für wählbar halten, besonders häufig den Höchstwert – dies zeigt sich auch in der Gruppe mit Migrationshintergrund, mit Ausnahme der Befragten mit MENA-/Türkei-Bezug.

Grundsätzlich erweist sich die Herkunftsregion als relevanter Faktor für Wahlneigungen. Unterschiede nach Geschlecht, Alter und Einkommen fallen jedoch ebenso deutlich oder gar deutlicher aus. Zudem finden sich soziodemografische Unterschiede bei der Parteibewertung ebenso innerhalb der migrantischen Wahlbevölkerung.

ZENTRALE ERGEBNISSE

- **Kein Zuwachs bei der Wählbarkeit von Parteien – in einzelnen Konstellationen zeigen sich sogar Rückgänge:** Keine der Parteien wird im Winter 2024/2025 im Schnitt als wählbarer bewertet als im Jahr zuvor. Bei Befragten mit Migrationshintergrund sinkt der Anteil derer, die eine bestimmte Partei für wählbar halten, in der Tendenz sogar. Während die Werte bei Befragten ohne Migrationshintergrund sowie mit Bezug zu EU-Ländern stabil bleiben, schätzen Befragte mit Bezug zur früheren Sowjetunion und zur MENA-/Türkei-Region Parteien eher als weniger wählbar ein. Signifikant ist dieser Rückgang in der Gruppe mit Bezug zur MENA-/Türkei-Region mit Blick auf SPD, CDU/CSU und Die Linke.
- **Häufigere kategorische Ablehnung als Hinweis auf Skepsis:** Befragte mit Bezug zur MENA-/Türkei-Region sowie zur früheren Sowjetunion lehnen Parteien insgesamt häufiger kategorisch ab als Personen ohne Migrationshintergrund. Dies deutet darauf hin, dass diese Gruppen das Parteienspektrum generell kritischer bewerten.
- **Deutliche Unterschiede bei der kategorischen Ablehnung von Parteien:** Die AfD erfährt über alle Gruppen hinweg die stärkste Ablehnung: Etwa 65 % der Befragten geben an, diese Partei keinesfalls wählen zu wollen. Besonders ausgeprägt ist die Ablehnung in der Gruppe mit MENA-/Türkei-Bezug (etwa 80 %). Für CDU/CSU und SPD ist kategorische Ablehnung deutlich seltener (etwa 20 %) und liegt für Die Grünen, Die Linke und FDP zwischen etwa 40 und 50 %.
- **Migrationshintergrund als ein Erklärungsfaktor unter mehreren:** Grundsätzlich erweist sich die Herkunftsregion einer Person als relevanter Faktor dafür, welche Parteien als wählbar infrage kommen. Soziodemografische Unterschiede nach Geschlecht, Alter und Einkommen fallen jedoch ebenso deutlich oder gar deutlicher aus als Unterschiede zwischen den untersuchten Herkunftsgruppen.

Einleitung

In Deutschland haben aktuell zwischen 12 und 14 % der Wahlberechtigten einen Migrationshintergrund (vgl. Mediendienst Integration 2026; Statistisches Bundesamt 2024). Perspektivisch wird dieser Anteil weiter steigen (vgl. Statistisches Bundesamt 2023; Harder et al. 2023). Was bedeutet das für Wahlen in Deutschland? Studien deuten darauf hin, dass sich Menschen mit und ohne Migrationshintergrund mit zunehmender Aufenthaltsdauer in Deutschland bzw. über Generationen hinweg in ihrem Wahlverhalten annähern (vgl. Namberger 2023; Wüst & Faas 2018; Hirndorf 2025). Aktuelle Studien zeigen auch, dass sich das Wahlverhalten von Wähler*innen mit und Wähler*innen ohne Migrationshintergrund wenig unterscheidet (vgl. Jacobsen et al. 2025).

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich allerdings, dass die Gruppe der Wähler*innen mit Migrationshintergrund nicht als *eine* homogene Gruppe betrachtet werden sollte. Differenziert man nach Herkunftsgruppen⁶, werden Unterschiede deutlich: So korreliert ein Migrationshintergrund mit Bezug zu Staaten der früheren Sowjetunion eher mit einer (rechts-)konservativen Wahlneigung, wohingegen Menschen mit Bezug zur MENA-/Türkei-Region eher linken Parteien zuneigen (vgl. Jacobsen et al. 2025). Weitere Studien zeigen zudem auf, dass Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund im Schnitt seltener ihre Stimme abgeben (vgl. SVR-Forschungsbereich 2020); außerdem weisen sie eine geringere Bindung an Parteien auf (vgl. Jacobsen & Kroh 2021). Zudem gibt es Belege, dass sich Wähler*innen mit Migrationshintergrund durch die bestehenden politischen Parteien in Deutschland nicht hinreichend vertreten sehen (vgl. Özvatan 2025). Parteien kommt indes eine zentrale Funktion zu, da sie die Interessen und Anliegen der Wähler*innen politisch vertreten. Inwieweit Parteien bei unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen auf Zustimmung oder Ablehnung stoßen, ist somit für demokratische Repräsentation von zentraler Bedeutung.

Gleichzeitig haben die letzten Jahre Veränderungen in der Parteienlandschaft mit sich gebracht. Dazu gehören die Gründung und das Erstarken der AfD ebenso wie eine Schwächung der Volksparteien SPD und CDU. Studien zeigen, dass die AfD auch migrantische Wähler*innengruppen anspricht (vgl. Jacobsen et al. 2025; Özvatan 2025). Gleichzeitig erodieren historisch gewachsene Loyalitäten: Die engen Bindungen der sogenannten Gastarbeiter*innen und ihrer Nachkommen an die SPD sowie der Aussiedler*innen und Spätaussiedler*innen an die CDU/CSU sind brüchiger geworden (vgl. Jacobsen & Kroh 2021).

Das vorliegende DeZIM Data.insight greift auf Daten des DeZIM.panels zurück, die zu zwei verschiedenen Zeitpunkten (Winter 2023/2024 und Winter 2024/2025) erhoben wurden. Untersucht wird für sechs Parteien, ob sich die Anteile von Befragten, die angeben, die jeweilige Partei für wählbar zu halten, zwischen den beiden Befragungszeitpunkten verändert haben, und welche Unterschiede es dahingehend zwischen migrantischen und nicht migrantischen Wähler*innengruppen gibt. In einem weiteren Schritt analysieren wir, wie stark Wähler*innen Parteien jeweils ablehnen bzw. befürworten, auch hier mit einem Fokus auf Unterschiede zwischen den Wähler*innengruppen. Zusätzlich zum Migrationshintergrund werden im letzten Schritt die soziodemografischen Merkmale Geschlecht, Alter und Einkommen in die Analysen einbezogen.

⁶ Die Einordnung nach Herkunftsregion dient der Anschlussfähigkeit an bestehende Forschung, lässt aber keinen direkten Rückschluss auf den subjektiven Bezug der Befragten zu der jeweiligen Region zu. Die Gruppen sind zudem heterogen, zum einen in Bezug auf migrationsbiografische Aspekte (etwa Einwanderungskohorte, Aufenthaltsdauer), aber auch in Hinblick auf sozioökonomische und politische Dimensionen.

Wahlneigung im Zeitverlauf

Um zu analysieren, wie Wahlberechtigte mit und ohne Migrationshintergrund Parteien bewerten, haben wir wie bereits im DeZIM Data.insight Nr. 16 „Vernachlässigtes Wähler*innenpotenzial?“ (vgl. Jacobsen et al. 2025) auf die sogenannte Wahlneigung zurückgegriffen. Es handelt sich dabei nicht um die bekannte „Sonntagsfrage“ („Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?“). Vielmehr wurden die befragten Personen gebeten, für alle auf der Bundesebene relevanten Parteien anzugeben, wie wahrscheinlich es ist, dass sie diesen ihre Stimme geben würden. Konkret wurde gefragt: „Es gibt eine Reihe von politischen Parteien in Deutschland. Jede davon würde bei einer Bundestagswahl gerne Ihre Stimme bekommen. Geben Sie bitte für jede der folgenden Parteien anhand dieser Skala an, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie diese Partei jemals wählen würden.“ Zur Auswahl standen: SPD, CDU/CSU, Die Grünen, FDP, Die Linke und AfD. Die Parteien konnten auf einer siebenstufigen Antwortskala bewertet werden, wobei 7 für „Ich würde diese Partei mit Sicherheit wählen“ stand und 1 für „Ich würde diese Partei mit Sicherheit nicht wählen“. Für die Analysen haben wir die Skalenwerte 1 und 2 zu „würde ich nie wählen“ und 3 bis 7 zu „könnte ich mir vorstellen zu wählen“ zusammengefasst. Befragte, die eine Partei mit 3 oder höher bewerten, bezeichnen wir als „potenzielle Wähler*innen“. Wir betrachten dann für jede der sechs Parteien, wie hoch der Anteil der Befragten ist, die diese Partei jeweils wählen würden. Neben dem Vergleich von potenziellen Wähler*innen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden wir in der Gruppe der Wähler*innen mit Migrationshintergrund zwischen drei Herkunftsgruppen: Menschen mit Bezug zur MENA-/Türkei-Region, Menschen mit Bezug zu Ländern der früheren Sowjetunion und Menschen mit Bezug zu Ländern der EU.⁷

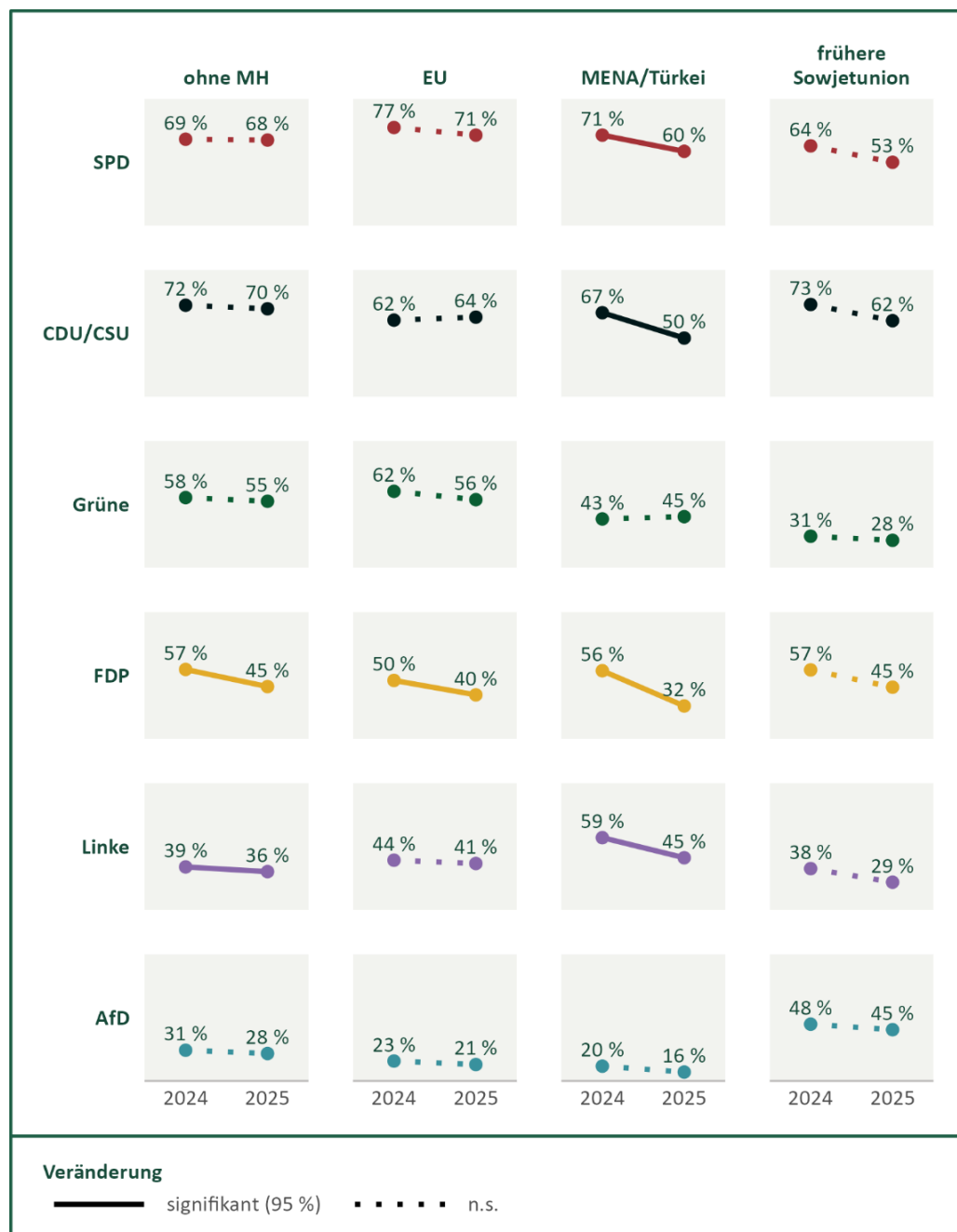
Betont werden muss, dass die hier dargestellte Wahlneigung keine direkte Vorhersage von tatsächlichen Wahlentscheidungen erlaubt. Zwar besteht ein Zusammenhang zwischen der Wahlneigung gegenüber einer Partei und dem tatsächlichen Wahlverhalten; dieser ist jedoch nicht deterministisch (vgl. van der Eijk et al. 2006; Paparo et al. 2020). Tatsächliche Wahlentscheidungen sind stark von Personalisierung, Strategie und aktuellen Themen abhängig (Mitteregger 2025: 886), während die Wahlneigung eher von strukturellen, langfristigen Faktoren wie Sozialstruktur und Wertorientierungen geprägt wird (vgl. Mitteregger 2025; van der Eijk et al. 2006; Oscarsson & Rosema 2019).

Abbildung 1 zeigt, dass der Anteil der Wähler*innen, der die jeweilige Partei als wählbar einschätzt, zwischen beiden Erhebungszeitpunkten – Winter 2023/2024 und Winter 2024/2025 – in der Gruppe der Befragten ohne Migrationshintergrund (ganz links) für alle Parteien relativ stabil geblieben ist. Eine Ausnahme bildet lediglich die FDP: Hier ist ein starker und signifikanter Rückgang von 57 % auf 45 % zu verzeichnen. Auch für Die Linke ist der Anteil der potenziellen Wähler*innen im Beobachtungszeitraum statistisch signifikant gefallen, allerdings ist dieser Rückgang von 39 % auf 36 % vergleichsweise gering. CDU/CSU und SPD verzeichnen mit stabil knapp über bzw. knapp unter 70 % die höchsten Werte, während die AfD zu beiden Befragungszeitpunkten im Vergleich zu den anderen

⁷ 12 % der Wahlberechtigten in Deutschland haben einen Migrationshintergrund. Diese unterteilen sich in folgende Herkunftsgruppen: EU 34,7 %; MENA-/Türkei-Region 22,9 %; frühere Sowjetunion 11,8 %; andere Region 30,7 %. Nach Ländern sind die drei größten Gruppen: Menschen mit Bezug zu Polen (13,2 %), Türkei (12,6 %) und Russland (7,3 %).

Parteien niedrigere Werte aufweist: In beiden Jahren gaben etwa 30 % der Befragten an, sich vorstellen zu können, die AfD zu wählen.

Abbildung 1. Entwicklung des Anteils potenzieller Wähler*innen – Winter 2023/2024 und Winter 2024/2025



Anmerkung: Dargestellt ist der gewichtete Anteil der Befragten mit einer Wahneigung von mindestens 3 auf der Skala von 1 („würde diese Partei mit Sicherheit nicht wählen“) bis 7 („mit Sicherheit wählen“). Dieser Anteil umfasst alle, die die jeweilige Partei nicht klar ablehnen, bzw. alle, die der Partei zugeneigt sind. Die durchgezogene Linie zeigt an, dass Veränderungen statistisch signifikant sind. Gepunktete Linien, wie etwa in der Herkunftsggruppe MENA/Türkei mit Blick auf Die Grünen (43 % auf 45 %), verweisen darauf, dass die Veränderung zwischen den beiden Befragungszeitpunkten statistisch nicht signifikant ist. Ob ein Unterschied als statistisch signifikant gilt, hängt dabei von seiner Größe sowie

von der Anzahl der Befragten ab, da die Fehlermarge bei kleineren Fallzahlen größer ist. Das Sample setzt sich zu beiden Zeitpunkten aus denselben Personen zusammen. **Lesebeispiel:** Unter Befragten mit Bezug zur MENA-/Türkei-Region ging der Anteil derer, die der CDU/CSU zugeneigt sind von 67 % (2024) auf 50 % (2025) zurück. Analysesample: n=2.467 Befragte je Welle (ohne Migrationshintergrund: 2.000; EU: 202; MENA/Türkei: 185; frühere Sowjetunion: 80). 164 Befragte, deren Herkunftsland keiner der vier Kategorien zugeordnet werden kann, bleiben unberücksichtigt. **Quelle:** DeZIM.panel, eigene Berechnung.

Schaut man auf die drei untersuchten Wähler*innengruppen mit Migrationshintergrund, zeigt sich zunächst, dass – wie in der Literatur bereits dargestellt (vgl. Jacobsen & Kroh 2021; Wüst & Faas 2018) – Unterschiede zwischen den Gruppen zu verzeichnen sind. Dabei sind Wähler*innen mit Bezug zur EU (zweite Spalte von links) den Wähler*innen ohne Migrationshintergrund relativ ähnlich. Wähler*innen mit MENA-/Türkei-Bezug (zweite Spalte von rechts) schätzen Die Linke häufiger als wählbar ein als Wähler*innen ohne Migrationshintergrund. Die Grünen werden von dieser Gruppe hingegen als weniger wählbar eingestuft. Auch Wähler*innen mit Bezug zur früheren Sowjetunion weisen vergleichsweise geringere Anteile potenzieller Grünen-Wähler*innen auf. Im Vergleich zu den anderen drei untersuchten Gruppen ist der Anteil der Befragten, die sich vorstellen können, die AfD zu wählen, in dieser Gruppe am höchsten. Die Signifikanz von Unterschieden zwischen Herkunftsgruppen hinsichtlich des Anteils potenzieller Wähler*innen ist für jede Partei im Anhang II separat aufgelistet.

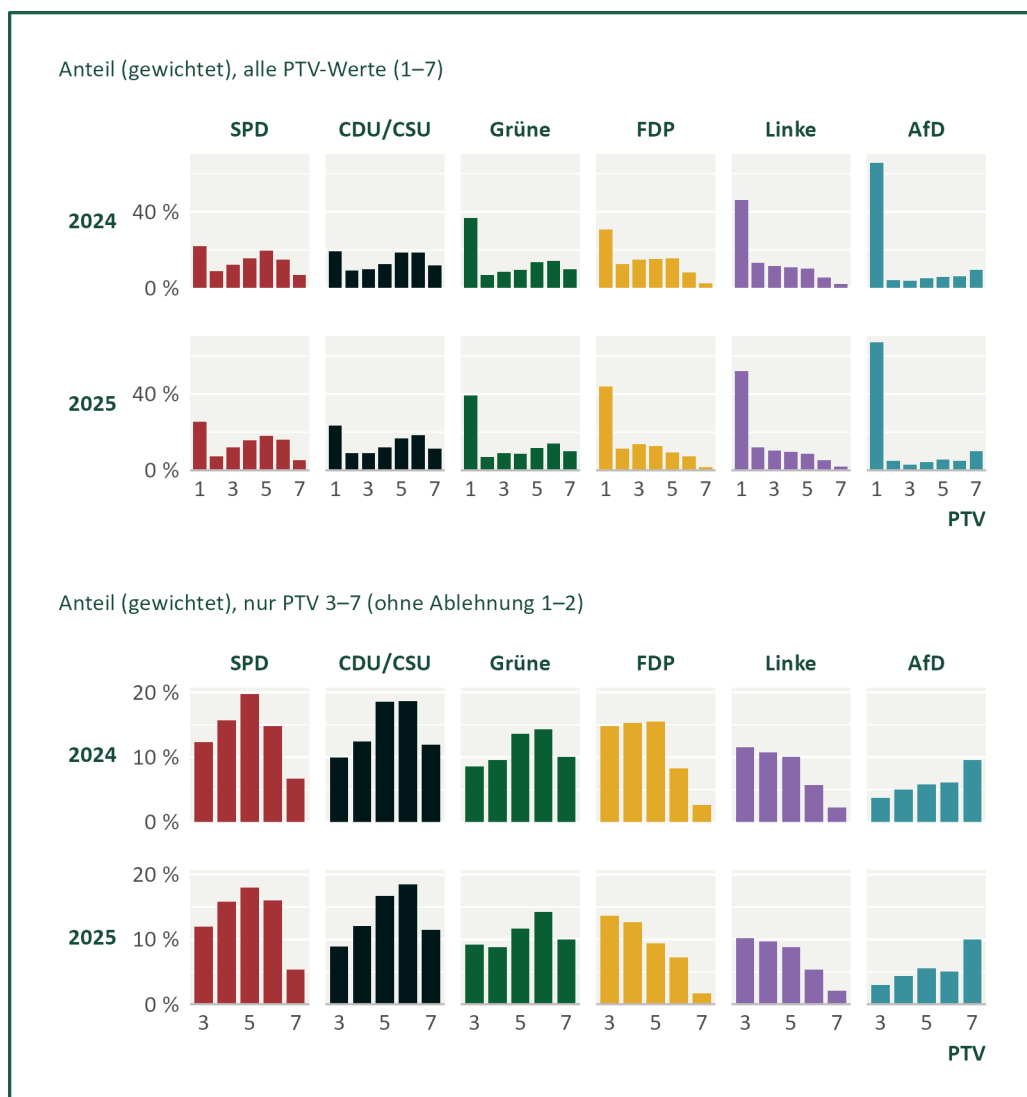
Während die grundsätzlichen Unterschiede zwischen den Gruppen relativ stabil sind, ist auffällig, dass in der Gruppe der Wähler*innen mit Migrationshintergrund die Anteile potenzieller Wähler*innen über alle Parteien hinweg gefallen sind. Zwischen den Wellen steigt sowohl pro Person als auch pro Partei der Anteil kategorischer Ausschlüsse (PTV=1), während sich am oberen Ende der Skala keine entsprechende Zunahme zeigt. Signifikant ist der Rückgang für 7 der 24 Partei-Gruppen-Kombinationen. Der Rückgang für die FDP tritt in allen Gruppen außer der mit Bezug zur früheren Sowjetunion auf und zeigt damit kein migrationsspezifisches Muster. Vielmehr spiegelt sich hier die allgemeine Schwächung der Partei nach dem Ende der Ampel-Koalition. Die übrigen signifikanten Rückgänge betreffen ausschließlich Befragte mit MENA-/Türkei-Bezug. In dieser Gruppe sinkt der Anteil potenzieller Wähler*innen der CDU/CSU von 67 % auf 50 %, der Linken von 59 % auf 45 % und der SPD von 71 % auf 60 %.

Was die Gründe für diese Entwicklung sind und ob es sich um einen längerfristigen Trend handelt, lässt sich anhand der Daten nicht abschließend klären. Zur Einordnung lohnt dennoch ein Blick auf den politischen Diskurs. Im Winter 2023/2024 waren öffentliche Debatten von der wirtschaftlichen Lage und Inflation dominiert, zentral waren auch der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und der Krieg im Gazastreifen. Im November 2024 kam es zum Bruch der Ampelkoalition und zur Ankündigung vorgezogener Bundestagswahlen für Februar 2025. Der zweite Erhebungszeitpunkt fällt somit in den Wahlkampf, bei dem Migration ins Zentrum der Debatten rückte. Die Ergebnisse legen nahe, dass keine Partei erkennbar von dieser Themensetzung profitiert hat. Migrantische Wähler*innen scheinen den Parteien sogar eher verloren gegangen zu sein.

Kategorische Ablehnung und höchste Zustimmung – wie sich die Intensität der Wahlneigung verteilt

Da es sich bei der Frage, mit der Wahlneigung gemessen wird, um eine mehrstufige Skala handelt, lassen die Verteilungen auch den Schluss darauf zu, wie intensiv Parteien abgelehnt bzw. befürwortet werden (Intensität der Wahlneigung). **Abbildung 2** stellt für beide Erhebungszeitpunkte dar, wie sich die Intensität der Wahlneigung jeweils verteilt. Der obere Teil der Grafik zeigt für alle Befragten die Verteilung der Bewertungen auf der gesamten Skala (1–7), während der untere Teil auf den als wahlaffin eingestuften Bereich (3–7) fokussiert und damit diejenigen Befragten umfasst, die die jeweilige Partei mit einem Wert von 3 oder höher bewerten.

Abbildung 2. Verteilung der Wahlneigungen nach Partei



Anmerkung: Gezeigt ist die gewichtete Verteilung der Wahlneigung über die sieben Skalenpunkte, je Partei und Erhebungsjahr. Die untere Grafik zeigt nur die Werte 3 bis 7, behält aber denselben Nenner. Die Ablehnungswerte 1 und 2

sind damit ausgeblendet und nicht herausgerechnet, wodurch die Abstufungen oberhalb der Ablehnung sichtbar werden. Die Anteile der unteren Grafik summieren sich entsprechend nicht auf 100 %. Die obere Grafik umfasst alle Skalenpunkte und summiert je Panel auf 100 %. **Lesebeispiel:** 2025 gaben 67 % der Befragten der AfD den Wert 1, schlossen die Partei also mit Sicherheit aus; für die SPD lag dieser Anteil bei 26 %. Analysesample: n=2.631 Befragte je Welle. **Quelle:** DeZIM.panel, eigene Berechnung.

Der obere Teil der Abbildung zeigt: Für SPD und CDU/CSU ist der Anteil derer, die 2025 mit einer Bewertung von 1 komplette Ablehnung zum Ausdruck bringen, vergleichsweise gering (ca. 20 %). Der größte Anteil von kategorischer Ablehnung findet sich mit 67 % der Befragten für die AfD. Grüne, FDP und Linke stoßen 2025 mit jeweils 39 %, 44 % und 52 % auf mittlere Anteile kategorischer Ablehnung. Im unteren Teil der Abbildung wird deutlich: Auch unter denjenigen Befragten, die eine Partei jeweils für wählbar halten, unterscheidet sich die Intensität der Wahlneigung zwischen den Parteien. Während nur ein geringer Anteil der Befragten FDP und Linke mit dem höchsten Wert 7 bewerten, zeigt sich bei CDU/CSU und den Grünen eine annähernd normal verteilte Bewertung. Ganz anders bei der AfD: Befragte, die sich vorstellen können, die AfD zu wählen, geben der Partei besonders häufig den höchsten Wert. Zwischen beiden Befragungszeitpunkten gibt es wenig Unterschiede; lediglich die kategorische Ablehnung der FDP ist im Winter 2024/2025 höher als zum vorherigen Befragungszeitpunkt.

Auch andere Studien zeigen, dass sich Wähler*innen hinsichtlich ihrer Offenheit gegenüber anderen Parteien unterscheiden: Eine Erhebung der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Bundestagswahl 2025 zeigt, dass AfD-affine Wähler*innen deutlich seltener eine andere Partei in Betracht ziehen, während die Wähler*innen aus dem Mitte-links-Spektrum in der Tendenz anderen Parteien gegenüber offener sind (vgl. Pokorny 2026).

Unsere Analysen legen zudem nahe, dass aggregierte Wahlneigung keinen direkten Schluss auf Wahlergebnisse zulässt. Der in Abbildung 1 dargestellte hohe Anteil der Befragten, die sich grundsätzlich vorstellen könnten, die SPD zu wählen, geht auf eine eher mittelstark ausgeprägte Akzeptanz zurück – die sich nicht an der Wahlurne realisiert: Bei der vergangenen Bundestagswahl im Februar 2025, aber auch bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, erzielte die Partei trotz ihrer hohen Wählbarkeit historisch schlechte Ergebnisse. Bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern ist ebenfalls zu erwarten, dass die von der SPD erzielten Ergebnisse deutlich unter dem in Abbildung 1 dargestellten Anteil potenzieller Wähler*innen liegen werden. Bei der AfD hingegen ist die Schnittmenge zwischen dem abgebildeten Anteil potenzieller Wähler*innen und den tatsächlichen Wahlentscheidungen mit hoher Wahrscheinlichkeit größer.

Abbildung 3 differenziert die Intensität der Wahlneigung nach Herkunftsregion. Auffällig sind zwei Befunde: Die kategorische Ablehnung der AfD ist in der Gruppe mit MENA-/Türkei-Bezug am höchsten. 81 % der Befragten in dieser Gruppe bewerten die AfD mit 1. Anders als in den anderen drei Gruppen wird in der Gruppe mit MENA-/Türkei-Bezug außerdem der Wert 7 unter den Befürworter*innen der AfD seltener genannt (siehe unteren Teil der Abbildung).

Abbildung 3. Intensität der Wahlneigung nach Partei und Herkunftsregion

Anmerkung: Gezeigt ist die gewichtete Verteilung der Wahlneigung über die sieben Skalenpunkte für das Jahr 2025, je Partei und Herkunftsregion. Wie in [Abbildung 2](#) umfasst die obere Grafik alle Skalenpunkte und summiert je Panel auf 100 %, während die untere Grafik nur die Werte 3 bis 7 bei gleichem Nenner zeigt. **Lesebeispiel:** Unter Befragten mit Bezug zur früheren Sowjetunion vergaben 23 % für die AfD den höchsten Wert 7, würden die Partei also mit Sicherheit

wählen; in der Gruppe ohne Migrationshintergrund waren es 10 %, unter Befragten mit Herkunft aus MENA/Türkei 4 %. Unter Befragten mit Bezug zu MENA/Türkei vergaben 81 % für die AfD den Wert 1 und 3 % den Wert 2; insgesamt würden somit 84 % der Wahlberechtigten in dieser Herkunftsgruppe die AfD nicht wählen. Analysesample: n=2.467 Befragte je Welle (ohne Migrationshintergrund: 2.000; EU: 202; MENA/Türkei: 185; frühere Sowjetunion: 80). Bei den kleineren Herkunftsgruppen sind die Fehlermargen entsprechend größer, einzelne Skalenpunkte sollten dort nicht isoliert interpretiert werden. **Quelle:** DeZIM.panel, eigene Berechnung.

Zudem fällt auf, dass Wähler*innen mit MENA-/Türkei-Bezug und mit Bezug zur früheren Sowjetunion Parteien im Allgemeinen häufiger kategorisch ablehnen als Wähler*innen ohne Migrationshintergrund. Dies kann als Hinweis darauf interpretiert werden, dass in diesen Gruppen Parteien insgesamt kritischer betrachtet werden. Das deckt sich auch mit Studienergebnissen, die argumentieren, dass sich Wähler*innen mit Migrationshintergrund von Parteien nicht ausreichend repräsentiert fühlen (vgl. Özvatan 2025). Ausnahmen sind Die Linke in der Gruppe mit MENA-/Türkei-Bezug und die AfD in der Gruppe mit Bezug zur früheren Sowjetunion – in diesen Gruppen ist im Vergleich zu den drei anderen Gruppen die kategorische Ablehnung der Linken bzw. der AfD jeweils am seltensten.

Einfluss der Faktoren Geschlecht, Alter und Einkommen

Die Forschung hat eine Reihe soziodemografischer Dimensionen identifiziert, entlang derer sich Unterschiede im Wahlverhalten und entsprechend auch der Wahlneigung beobachten lassen. Dazu zählen insbesondere Geschlecht (vgl. Hudde 2023; Jesse 2022), Alter (vgl. Hudde 2023; Hirndorf 2021), regionale Herkunft, etwa Ost-West-Unterschiede (vgl. Elff et al. 2022), Bildung, ökonomischer Status (vgl. Huber 2017; Schäfer et al. 2013) und Migrationshintergrund (vgl. Namberger 2023; Jacobsen et al. 2025). Soziodemografische Merkmale sind dabei nicht nur für sich genommen relevant, sondern verweisen auch auf soziale Positionierungen, die in Macht- und Ungleichheitsverhältnisse eingebettet sind.

Im Folgenden konzentrieren wir uns auf Geschlecht, Alter und Einkommen, die in der Forschung als wichtige, eigenständige (wenn auch miteinander verknüpfte) Faktoren sozialer Ungleichheit betrachtet werden. Abbildung 4 zeigt, wie sich der Anteil der Befragten, die sich vorstellen können, die jeweilige Partei zu wählen, zwischen Männern und Frauen⁸ unterscheidet. Zusätzlich wird zwischen Befragten mit und ohne Migrationshintergrund unterschieden. Dabei wird deutlich, dass eine Differenzierung nach Geschlecht tendenziell mit größeren Unterschieden einhergeht als nach Herkunftsregion. Für Befragte ohne Migrationshintergrund sind diese Unterschiede zwischen Geschlechtern für alle Parteien signifikant. Es zeigt sich, dass linke Parteien (SPD, Die Grünen, Die Linke) von Frauen als wählbarer eingeschätzt werden, für Männer dagegen eher konservative, rechte und rechtsextreme Parteien infrage kommen. Dieses Muster gilt auch für Befragte mit Migrationshintergrund, wobei diese Unterschiede nicht immer statistisch signifikant sind. Auffällig ist lediglich, dass für Die Linke die Geschlechterunterschiede in der Gruppe mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Befragten ohne Migrationshintergrund deutlich geringer ausfallen und nicht signifikant sind. Anhang VI differenziert zudem weiter nach Herkunftsregion. Auch hier zeigen sich ähnliche geschlechtsspezifische Muster. Hervorzuheben ist, dass

⁸ Die binäre Geschlechtsunterscheidung ist durch die verfügbaren Daten bedingt und stellt keine Annahme über die grundsätzliche Binarität von Geschlecht dar.

unter Frauen mit Migrationshintergrund in der MENA-/Türkei-Region der Anteil potenzieller AfD-Wähler*innen besonders gering ist.

Abbildung 4. Anteil potenzieller Wähler*innen nach Geschlecht



Anmerkung: Dargestellt ist der gewichtete Anteil der Befragten mit einer Wahlneigung von mindestens 3, getrennt nach Geschlecht und danach, ob ein Migrationshintergrund vorliegt. Die Balken geben das 95%-Konfidenzintervall an, also den Bereich, in dem der wahre Wert mit hoher Sicherheit liegt. Der gefüllte Punkt zeigt an, dass der Unterschied zwischen Frauen und Männern im jeweiligen Jahr statistisch signifikant ist; mit Blick auf Menschen mit Migrationshintergrund und deren Wahlneigung für die CDU/CSU ist der Unterschied zwischen Frauen und Männern nicht signifikant (leerer Punkt). Die Signifikanzmarkierung bezieht sich auf den Unterschied zwischen den Geschlechtern innerhalb eines Jahres. **Lesebeispiel:** 2025 schlossen 62 % der Frauen ohne Migrationshintergrund Die Grünen nicht aus, gegenüber 50 % der Männer. **Analysesample:** n=2.627 Befragte je Welle, davon 2.000 ohne Migrationshintergrund (1.018 Frauen, 982 Männer) und 627 mit Migrationshintergrund (344 Frauen, 283 Männer). **Quelle:** DeZIM.panel, eigene Berechnung.

Abbildung 5 zeigt den Anteil derer, die sich vorstellen können, die jeweilige Partei zu wählen, nach Alterskategorien⁹ und Migrationshintergrund. Die Signifikanz der Unterschiede zwischen Altersgruppen wird im Anhang IV dargestellt. Für Wähler*innen ohne Migrationshintergrund zeigt sich vor allem bei den Linken und CDU/CSU ein Alterseffekt: Jüngere Menschen schätzen Die Linke als wählbarer ein als ältere Menschen, umgekehrt schätzen ältere Menschen die CDU/CSU als wählbarer ein als junge Menschen.

Abbildung 5. Anteil potenzieller Wähler*innen nach Altersgruppe



Anmerkung: Dargestellt ist der gewichtete Anteil der Befragten mit einer Wahlneigung von mindestens 3, getrennt nach Altersgruppe und Migrationshintergrund; die Balken geben das 95%-Konfidenzintervall an. Da hier drei

⁹ Eine Differenzierung nach Herkunftsregionen ist hier aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht aussagekräftig.

Altersgruppen verglichen werden, ist keine Signifikanzmarkierung eingezeichnet. Als Anhaltspunkt dienen die Konfidenzintervalle; deutlich getrennte Intervalle sprechen für einen Unterschied. Die paarweisen Vergleiche der Altersgruppen samt Signifikanztests finden sich in [Anhang IV](#). Die Gruppe 65+ mit Migrationshintergrund ist sehr klein, weshalb ihre Werte nur eingeschränkt belastbar sind. **Lesebeispiel:** 2025 schlossen 43 % der 18- bis 35-Jährigen ohne Migrationshintergrund die FDP nicht aus, unter den 36- bis 64-Jährigen waren es 41 %. Analysesample: n=2.627 Befragte je Welle; ohne Migrationshintergrund 2024: 616 (18–35 Jahre), 1.185 (36–64 Jahre), 199 (65+ Jahre); mit Migrationshintergrund 2024: 244 (18–35 Jahre), 353 (36–64 Jahre) und 30 (65+ Jahre). **Quelle:** DeZIM.panel, eigene Berechnungen.

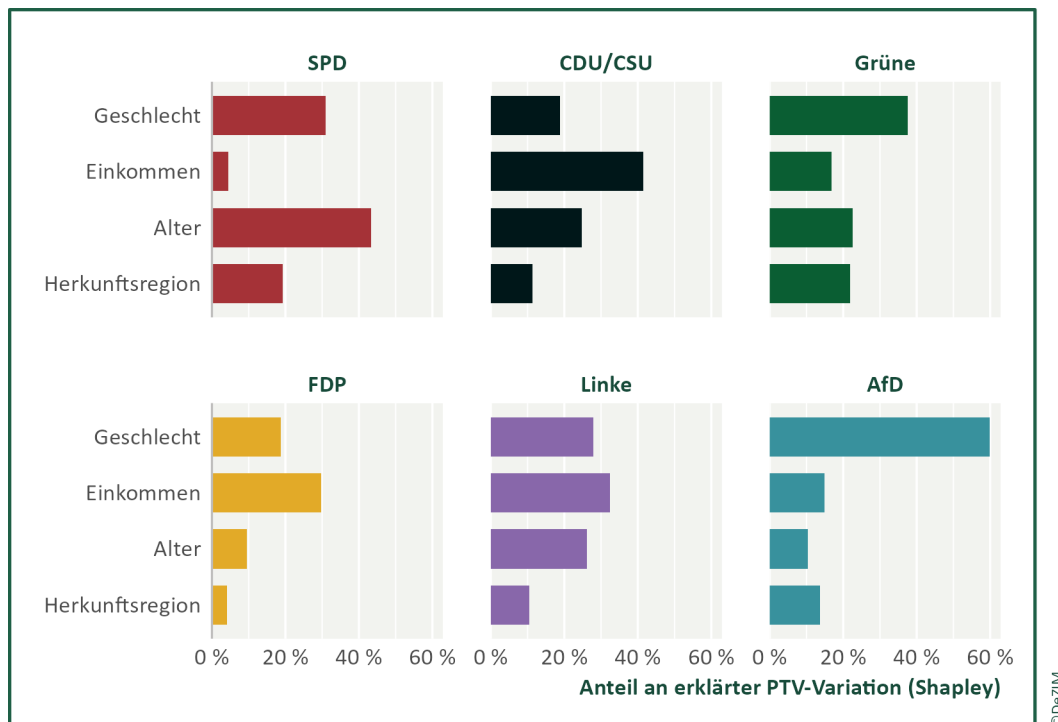
In der Gruppe der Wähler*innen mit Migrationshintergrund zeigt sich allerdings eine andere Dynamik: Während in Bezug auf Die Linke und CDU/CSU keine signifikanten Altersunterschiede zu verzeichnen sind, zeigt sich ein Generationenunterschied in Bezug auf SPD und AfD. Ältere Menschen mit Migrationshintergrund haben eine höhere Affinität zur SPD als jüngere. Umgekehrt haben ältere im Vergleich zu jüngeren Befragten mit Migrationshintergrund eine geringere Wahlneigung für die AfD. Im Fall der Alterskategorien lassen die geringen Fallzahlen keine weitere Differenzierung nach Herkunftsregionen zu.

[Abbildung 6](#) zeigt die Anteile potenzieller Wähler*innen der Parteien nach Haushaltsnettoeinkommen. Die statistische Signifikanz von Unterschieden zwischen Einkommensgruppen wird im [Anhang V](#) dargestellt. Für Befragte ohne Migrationshintergrund zeigen sich je nach Einkommen deutliche Unterschiede: Die Wahrscheinlichkeit, CDU/CSU und FDP als wählbar einzustufen, nimmt mit steigendem Einkommen zu. Für beide Parteien ist der Unterschied zwischen der unteren und der oberen Einkommensgruppe signifikant. Umgekehrt werden Die Linke und die AfD von Befragten mit niedrigem Einkommen als wählbarer eingeschätzt als von Befragten mit hohem Einkommen. Mit steigendem Einkommen nimmt der Anteil der potenziellen Wähler*innen der Partei Die Linke ab, während die AfD in den unteren und mittleren Einkommensgruppen am stärksten ist und in der oberen Gruppe am schwächsten. Für Die Grünen ist der Anteil potenzieller Wähler*innen in der oberen Einkommensgruppe höher. Bei der SPD zeigt sich dagegen kein Einkommensunterschied. In der Gruppe der Befragten mit Migrationshintergrund verändert sich dieses Muster für zwei Parteien: Sowohl bei der CDU/CSU als auch bei der AfD sind Unterschiede nach Einkommen nicht mehr signifikant. Für die übrigen Parteien bleiben die Muster bestehen, wenngleich in tendenziell abgeschwächter Form. Bemerkenswert ist, dass die Unterschiede nach Einkommen bei Befragten mit Migrationshintergrund gerade bei den beiden Parteien rechts der Mitte verschwinden.

Abschließend vergleichen wir den relativen Beitrag der vier Einflussfaktoren in sechs parteispezifischen Modellen. [Abbildung 7](#) zeigt, wie sehr Alter, Geschlecht, Einkommen und Herkunftsregion jeweils zur erklärten Varianz der einer Partei entgegengebrachten Wahlneigung beitragen. Über alle sechs Modelle hinweg wird deutlich, dass Alter, Geschlecht und Einkommen in den meisten Fällen einen größeren Erklärungsbeitrag leisten als die Herkunftsregion. Zwar bleibt die Herkunftsregion ein relevanter Erklärungsfaktor, dennoch ist sie in keinem der Modelle relevanter als das Geschlecht oder das Alter – und nur im Fall der SPD und der Grünen relevanter als das Einkommen.

Abbildung 6. Anteil potenzieller Wähler*innen nach Einkommensgruppe

Anmerkung: Dargestellt ist der gewichtete Anteil der Befragten mit einer Wahlneigung von mindestens 3, getrennt nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen und Migrationshintergrund; die Balken geben das 95%-Konfidenzintervall an. Wie in [Abbildung 5](#), Anteil potenzieller Wähler*innen nach Altersgruppe ist bei drei Gruppen keine Signifikanzmarkierung eingezeichnet, die Konfidenzintervalle dienen als Anhaltspunkt; die paarweisen Vergleiche der Einkommensgruppen samt Signifikanztests finden sich in [Anhang V](#). Das Einkommen wird je Befragte*in auf den Wert von 2024 festgeschrieben, damit Gruppenwechsel zwischen den Wellen die Veränderung über die Zeit nicht überlagern. **Lesebeispiel:** 2025 schlossen 79 % der Befragten ohne Migrationshintergrund mit einem Haushaltseinkommen von mindestens 5.000 € die CDU/CSU nicht aus, gegenüber 62 % in der untersten Einkommensgruppe. Analyse-sample: n=2.573 Befragte je Welle, davon 1.956 ohne Migrationshintergrund (740 unter 3.000 €, 672 mit 3.000–4.999 €, 544 mit mindestens 5.000 €) und 613 mit Migrationshintergrund (270 unter 3.000 €, 187 mit 3.000–4.999 € und 156 mit mindestens 5.000 €). 58 Befragte ohne Einkommensangabe bleiben unberücksichtigt. **Quelle:** DeZIM.panel, eigene Berechnungen.

Abbildung 7. Erklärungskraft soziodemografischer Merkmale

Anmerkung: Für jede Partei wurde ein Regressionsmodell geschätzt, das die Wahrscheinlichkeit einer Wahlneigung von mindestens 3 gemeinsam auf Geschlecht, Einkommen, Alter, Herkunftsregion und Erhebungsjahr zurückführt. Das Erhebungsjahr ist im Modell enthalten, wird aber nicht abgebildet, weshalb die Balken je Partei etwas weniger als 100 % ergeben. Die Erklärungskraft des Modells wird nach dem Shapley-Verfahren auf die einzelnen Merkmale aufgeteilt: Es weist jedem Merkmal seine durchschnittliche Erklärungskraft zu. Die Balken zeigen also den relativen Anteil eines Merkmals an der insgesamt erklärten Variation, nicht die Stärke eines einzelnen Effekts. Insgesamt können die vier Merkmale nur einen kleinen Teil der Wahlneigung erklären; die Abbildung vergleicht die Merkmale daher untereinander und sagt nichts darüber aus, wie gut sich Wahlneigungen insgesamt vorhersagen lassen. **Lesebeispiel:** Bei der AfD gehen 60 % der erklärten Unterschiede auf das Geschlecht zurück, bei der CDU/CSU 41 % auf das Einkommen. Analysesample: n=2.412 Befragte mit vollständigen Angaben zu allen Merkmalen, entsprechend 4.824 Beobachtungen über beide Wellen. **Quelle:** DeZIM.panel, eigene Berechnungen.

Fazit

Das vorliegende DeZIM Data.insight vergleicht, wie Wähler*innen mit und ohne Migrationshintergrund zu zwei Zeitpunkten (Winter 2023/2024 und Winter 2024/2025) Parteien bewerten. Dabei gibt es Hinweise sowohl auf Stabilität wie auch auf Wandel. Zunächst zeigen sich über den gesamten Zeitraum hinweg stabile Unterschiede zwischen den untersuchten Gruppen: Die Wahlneigungen von Wähler*innen mit Bezug zur EU sind dabei denen von Wähler*innen ohne Migrationshintergrund relativ ähnlich. Im Vergleich zu diesen beiden Gruppen findet sich bei Wähler*innen mit Bezug zur MENA-/Türkei-Region ein deutlich höherer Anteil von potenziellen Linke-Wähler*innen, jedoch ein geringerer Anteil potenzieller Grünen-Wähler*innen. Auch Wähler*innen mit Bezug zur früheren Sowjetunion weisen im Vergleich geringere Anteile für Die Grünen auf. In dieser Gruppe ist im Vergleich zu anderen Gruppen der Anteil potenzieller AfD-Wähler*innen am höchsten. Vergleicht man Parteibewertungen innerhalb der Befragten mit Bezug zur früheren Sowjetunion

ist der Anteil derer, die sich vorstellen könnten, die AfD zu wählen dennoch niedriger als der Anteil derjenigen, die etwa die CDU/CSU oder die SPD in Betracht ziehen würden.

Die Ergebnisse zeigen darüber hinaus, dass Migrationshintergrund und Herkunftsregion insgesamt eine geringere Rolle als die drei soziodemografischen Merkmale Geschlecht, Alter und Einkommen spielen. Eine Unterscheidung nach Herkunftsregion ist somit zwar notwendig, um gruppenspezifische Muster erkennen zu können, zugleich sollte der Migrationshintergrund jedoch nicht als unmittelbare Erklärung politischer Einstellungen missverstanden werden. Dies liegt unter anderem darin begründet, dass Kategorien wie der Migrationshintergrund bzw. die Unterteilung in die Herkunftsgruppen EU-Bezug, MENA-/Türkei-Region oder frühere Sowjetunion sehr unterschiedliche Biografien, Generationenlagen, soziale Positionen und politische Erfahrungen zusammenfassen. Die Ergebnisse dieses DeZIM Data.insights legen somit nahe, den Migrationshintergrund als eine Dimension unter mehreren zu begreifen.

Dennoch sind zwei Muster auffällig, die auf Unterschiede zwischen Wähler*innen mit und ohne Migrationshintergrund verweisen. Zunächst ist der Anteil der Befragten, die sich vorstellen können, eine bestimmte Partei zu wählen, für keine Partei deutlich gestiegen – weder bei migrantischen noch bei nicht migrantischen Wähler*innen. Wähler*innen mit Migrationshintergrund schätzten jedoch Parteien im Winter 2024/2025 sogar insgesamt als weniger wählbar ein als noch ein Jahr zuvor – bei Befragten ohne Migrationshintergrund blieben die Einschätzungen im Vergleich stabiler. Zudem lehnen Befragte mit Bezug zur MENA-/Türkei-Region und zur früheren Sowjetunion Parteien insgesamt häufiger kategorisch ab als Befragte ohne Migrationshintergrund. Zusammengenommen können diese Ergebnisse als Teil eines Entfremdungsprozesses gedeutet werden. Die Gründe dafür können mit den vorliegenden Daten nicht abschließend analysiert werden. Dennoch lässt sich festhalten, dass nahezu alle etablierten Parteien Migration in den vergangenen Jahren überwiegend problemorientiert thematisiert haben und insbesondere Fragen von Grenzkontrollen sowie Abschiebungen in den Vordergrund stellten. Die hier ausgewerteten Daten legen nahe, dass mit dieser Strategie Wähler*innen ohne Migrationshintergrund nicht nennenswert gewonnen wurden – und zugleich migrantische Wähler*innen verloren gehen.

METHODENBERICHT

Die Datengrundlage dieses DeZIM Data.insights bildet das DeZIM.panel, eine Befragung, in welcher dieselben Personen wiederkehrend befragt werden (Dollmann et al. 2026). Dabei handelt es sich um jene 2.631 Wahlberechtigten, die sowohl im Winter 2023/2024 als auch im Winter 2024/2025 Angaben dazu gemacht haben, welche Parteien sie sich vorstellen könnten zu wählen. Ausgewertet wird dabei ein balanciertes Panel mit konstanten Gewichtungsfaktoren.

Drei Gewichtungsschritte korrigieren stichprobenbedingte Verzerrungen: Zunächst wird über ein Designgewicht ausgeglichen, dass es unterschiedlich wahrscheinlich ist, für das Panel überhaupt befragt zu werden. Zweitens sorgt eine Ausfallgewichtung für den Fall vor, dass sich das Panel zwischenzeitlich doch um einige Personen reduziert. Damit bestimmte Gruppen dann nicht plötzlich überrepräsentiert sind, nutzen wir als Ausgleich Informationen zu Geschlecht, Alter, Bildung, Erwerbsstatus, Haushaltseinkommen, Migrationshintergrund und

politischem Engagement. Im letzten Schritt nehmen wir eine Randanpassung vor. Es ist in der Literatur gut dokumentiert, dass die Frage nach der Wahlabsicht häufig nicht deckungsgleich mit dem amtlichen Endergebnis einer Wahl ist. Gründe hierfür sind verschieden: Es können Verzerrungen eine Rolle spielen (z. B. das Phänomen der sozialen Erwünschtheit in der Umfrage). Möglich ist auch, dass viele Wähler*innen letztlich doch unentschlossen sind. Um dieser Gemengelage zu begegnen, passen wir in einem dritten Schritt die Verteilung der Sonntagsfrage in unserem Sample aus dem Jahr 2024 an die durchschnittliche Verteilung zeitgleicher Wahlumfragen (Dezember 2023 bis März 2024)¹⁰ an, während die demografische Zusammensetzung (Alter, Geschlecht, Bildung, Ost/West) unverändert bleibt. Die Sonntagsfrage selbst wird in unserem Bericht nicht ausgewertet.

Die hier dargelegte Gewichtung unterscheidet sich vom vorherigen DeZIM Data.insight zu Wahlabsichten, das 2025 unter dem Titel „Vernachlässigtes Wähler*innenpotenzial?“ erschienen ist (vgl. Jacobsen et al. 2025). Damals haben wir keine Randanpassung vorgenommen, uns diesmal jedoch dafür entschieden. Hintergrund ist das amtliche Endergebnis der Bundestagswahl aus dem Jahr 2025, das für den vorherigen Bericht noch nicht vorlag. Dieses Ergebnis legt nahe, dass wir die Anteile der AfD damals unter- und die der Grünen systematisch überschätzt haben. Da diese mögliche Verzerrung erst nach der Wahl und somit nach Fertigstellung unseres vorherigen Berichts beobachtbar war, konnten wir für den vorliegenden Bericht methodisch entsprechend korrigieren.

DAS DEZIM.PANEL

Das DeZIM.panel ist eine längsschnittliche Dauerbefragung der Bevölkerung (vgl. Dollmann et al. 2026). Auf Basis einer zufällig gezogenen und postalisch rekrutierten Umfrage-Infrastruktur werden systematisch aktuelle Stimmungen und Trends in der Bevölkerung Deutschlands ermittelt. Befragt werden nicht nur Personen ohne Migrationshintergrund, sondern auch jene Gruppen mit Migrationserfahrungen, die zu den größten Zugewandertengruppen in Deutschland gehören und zugleich unterschiedliche Migrationszeiträume abbilden. Diese Gruppen sind im DeZIM.panel gezielt überrepräsentiert – ihre genaue Zusammensetzung wird im Methodenbericht ausführlich erläutert. Dadurch stehen ausreichend große Fallzahlen für differenzierte Vergleiche und Analysen innerhalb dieser Bevölkerungsgruppen zur Verfügung, was das DeZIM.panel zu einer einzigartigen Datengrundlage in der deutschen Erhebungslandschaft macht.

¹⁰ Quelle: dawum.de (<https://api.dawum.de/>). DAWUM ist eine frei zugängliche Datenbank, die veröffentlichte Wahlumfragen verschiedener Meinungsforschungsinstitute zu Bundestags-, Landtags- und Europawahlen sammelt und als offene Daten (ODC-ODbL-Lizenz) bereitstellt. Der von uns verwendete Zielwert ist der institutsübergreifende Durchschnitt aller im Feldzeitraum (Dezember 2023 bis März 2024) veröffentlichten Bundestags-Sonntagsfragen (90 Umfragen aus 11 Instituten).

LITERATURVERZEICHNIS

- **Dollmann, Jörg; Jacobsen, Jannes; Lietz, Almuth; Siegel, Madeleine; Zimmermann, Stefan; Köhler, Jonas; Schmälzle, Michaela; Boerschmann, Vivian; Mayer, Sabrina J.; Chouaibi, Doreen; Kalter, Frank (2026):** DeZIM.panel Data Release 6.0.0. Dataset. Version: 6.0.0. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). <https://doi.org/10.34882/dezim.panel.download.6.0.0>
- **van der Eijk, Cees; van der Brug, Wouter; Kroh, Martin und Franklin, Mark (2006):** ‚Rethinking the dependent variable in voting behavior: On the measurement and analysis of electoral utilities’. In: Electoral Studies 25 (3) (September), S. 424–447. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2005.06.012>.
- **Elff, Martin; Ackermann, Kathrin und Giebler, Heiko (2022):** Wahlen und politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland: Persistenz, Konvergenz oder Divergenz? Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-35171-7>.
- **Harder, Niklas; Herpell, Mathis; Khalil, Samir und Orlova, Alexandra (2023):** Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts: Mehr Einbürgerungen durch verkürzte Wartezeiten? DeZIM Data.insights 12, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). Online verfügbar unter: <https://www.dezim-institut.de/publikationen/publikation-detail/die-reform-des-staatsangehoerigkeitsrechts/>
- **Hirndorf, Dominik (2025):** Wahlverhalten von Menschen mit Migrationshintergrund: Eine repräsentative Analyse des Wahlverhaltens insbesondere von Polen-, Russland- und Türkeistämmigen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern (Monitor Wahl- und Sozialforschung). Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung. Online verfügbar unter: <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/wahlverhalten-von-menschen-mit-migrationshintergrund>
- **Hirndorf, Dominik (2021):** Wahlbeteiligung und Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht in Deutschland. Forum Empirische Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Online verfügbar unter: <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/wahlbeteiligung-und-wahlverhalten-nach-alter-und-geschlecht-in-deutschland>
- **Huber, John D. (2017):** ‚Income and voting behavior’. In: Ders. (Hg.): Exclusion by elections: Inequality, ethnic identity, and democracy. Cambridge Studies in Comparative Politics. Cambridge: Cambridge University Press, S. 114–143. <https://doi.org/10.1017/9781316863497.009>.
- **Hudde, Ansgar (2023):** Seven decades of gender differences in German voting behavior. In: KZfSS – Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 75, S. 143–170. <https://doi.org/10.1007/s11577-023-00904-4>.
- **Jacobsen, Jannes; Junge, Mara; Nguyen, Long und Römer, Friederike (2025):** Vernachlässigtes Wähler*innenpotenzial? Über politische Problemwahrnehmungen, Alltagssorgen und Parteipräferenzen von Menschen mit Migrationshintergrund. DeZIM Data.insights 16, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).
- **Jacobsen, Jannes und Kroh, Martin (2021):** Eingewanderte bauen nur schrittweise Bindungen an Parteien in Deutschland auf. In: DIW Wochenbericht 28, S. 507–513.
- **Jesse, Eckhard (2022):** Die Bundestagswahl 2021 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 53(1), S. 53–74. <https://doi.org/10.5771/0340-1758-2022-1-53>.
- **Mediendienst Integration (2026):** Wie viele Wahlberechtigte haben Einwanderungsgeschichte? Berlin: Mediendienst Integration, 05.März 2026. Online verfügbar:

<https://mediendienst-integration.de/diversitaet-und-teilhabe/waehler-mit-migrations-hintergrund/wie-viele-wahlberechtigte-haben-einwanderungsgeschichte/>

- **Mitteregger, Reto (2025):** ‚Overlooked de- and realignment? Cohort differences in consideration sets‘. In: West European Politics 48 (4), S. 883–919.
<https://doi.org/10.1080/01402382.2024.2412477>.
- **Namberger, Fabian (2023):** Wahlverhalten und politische Orientierung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Literaturstudie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung. Online verfügbar unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Artikel/2-23_Onl-Publ_Wahlverhalten.pdf
- **Oscarsson, Henrik und Rosema, Martin (2019):** ‚Consideration set models of electoral choice: Theory, method, and application‘. In: Electoral Studies 57 (2), S. 256–262.
<https://doi.org/10.1016/j.electstud.2018.08.003>.
- **Özvatan, Özgür (2025):** Jede Stimme zählt: Von Demokraten unterschätzt, von Populisten umworben: migrantische Deutsche als politische Kraft. Berlin: Ch. Links Verlag.
- **Paparo, Aldo; De Sio, Lorenzo & Brady, David W. (2020):** PTV gap: A new measure of party identification yielding monotonic partisan attitudes and supporting comparative analysis. In: Electoral Studies 63, Art.-Nr. 102092. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2019.102092>.
- **Pokorny, Sabine (2026):** Parteibindung und Parteiaffinität im Vergleich: Ergebnisse aus repräsentativen Umfragen (Monitor Wahl- und Sozialforschung). Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung. Online verfügbar unter: <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/parteibindung-und-parteiaffinitaet-im-vergleich>
- **Schäfer, Armin; Vehrkamp, Robert und Gagné, Jérémie Felix (2013):** Prekäre Wahlen: Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. Online verfügbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/GP_Prekaere_Wahlen.pdf
- **Statistisches Bundesamt (2023):** Pressemitteilung: 24,3 % der Bevölkerung hatten 2022 eine Einwanderungsgeschichte. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, 20. April 2023. Online verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/04/PD23_158_125.html
- **Statistisches Bundesamt (2024):** Pressemitteilung: 41 % der Volljährigen mit Einwanderungsgeschichte wären 2023 bei Bundestagswahlen wahlberechtigt gewesen. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, 17. Dezember 2024. Online verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/12/PD24_476_125.html
- **SVR-Forschungsbereich (2020):** Mitten im Spiel – oder nur an der Seitenlinie? Politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Berlin: Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration.
- **Wüst, Andreas M. und Faas, Thorsten (2018):** Politische Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Empirische Sozialforschung 9, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. Online verfügbar unter: <https://collections.fes.de/publikationen/ident/fes/14347>

ANHANG

Anhang I. Herkunftsgruppen

EU

Österreich
Belgien
Bulgarien
Kroatien
Zypern
Tschechische Republik
Dänemark
Estland
Finnland
Frankreich
Französisch-Polynesien (Frankreich)
Griechenland
Ungarn
Irland
Italien
Lettland
Litauen
Luxemburg
Niederlande
Polen
Portugal
Rumänien
Slowakei
Slowenien
Spanien

MENA-/Türkei-Region

Afghanistan
Algerien
Aserbaidshan
Armenien
Palästina
Iran
Irak
Israel
Jordanien
Libanon
Libyen
Marokko
Pakistan
Saudi-Arabien
Syrien
Tunesien
Türkei
Ägypten
Jemen
kurdische Gebiete/Kurdistan

Frühere Sowjetunion

Georgien
Republik Moldau
Russland
Ukraine
Sowjetunion

Anhang II. Paarvergleiche Abbildung 1

	2024			2025		
<i>Herkunftsregion (A – B)</i>	<i>Diff. %-Pkt.</i>	<i>95 %-KI</i>	<i>p</i>	<i>Diff. %-Pkt.</i>	<i>95 %-KI</i>	<i>p</i>
SPD						
ohne MH vs. EU	-8,0	[-14,2; -1,8]	0,011	-3,4	[-9,9; 3,2]	0,310
ohne MH vs. MENA/Türkei	-2,8	[-9,6; 4,0]	0,420	7,7	[0,4; 15,1]	0,039
ohne MH vs. frühere Sowjetunion	4,6	[-6,2; 15,3]	0,410	15,2	[4,1; 26,3]	0,007
EU vs. MENA/Türkei	5,2	[-3,5; 13,9]	0,240	11,1	[1,7; 20,5]	0,021
EU vs. frühere Sowjetunion	12,6	[0,5; 24,6]	0,041	18,6	[6,0; 31,2]	0,004
MENA/Türkei vs. frühere Sowjetunion	7,4	[-5,0; 19,8]	0,240	7,5	[-5,5; 20,5]	0,260
CDU/CSU						
ohne MH vs. EU	10,2	[3,2; 17,2]	0,004	5,7	[-1,2; 12,6]	0,100
ohne MH vs. MENA/Türkei	5,1	[-2,0; 12,2]	0,160	20,1	[12,6; 27,6]	< 0,001
ohne MH vs. frühere Sowjetunion	-0,5	[-10,6; 9,5]	0,920	8,2	[-2,7; 19,0]	0,140
EU vs. MENA/Türkei	-5,1	[-14,6; 4,5]	0,300	14,3	[4,5; 24,1]	0,004
EU vs. frühere Sowjetunion	-10,7	[-22,6; 1,2]	0,077	2,4	[-10,1; 15,0]	0,700
MENA/Türkei vs. frühere Sowjetunion	-5,6	[-17,6; 6,3]	0,350	-11,9	[-24,8; 1,0]	0,070
Bündnis 90/Die Grünen						
ohne MH vs. EU	-4,3	[-11,3; 2,8]	0,230	-1,1	[-8,3; 6,1]	0,770
ohne MH vs. MENA/Türkei	14,6	[7,2; 22,1]	< 0,001	10,5	[3,0; 18,0]	0,006
ohne MH vs. frühere Sowjetunion	26,5	[16,1; 36,8]	< 0,001	26,8	[16,6; 36,9]	< 0,001
EU vs. MENA/Türkei	18,9	[9,1; 28,7]	< 0,001	11,6	[1,7; 21,5]	0,022
EU vs. frühere Sowjetunion	30,7	[18,6; 42,9]	< 0,001	27,8	[15,8; 39,9]	< 0,001
MENA/Türkei vs. frühere Sowjetunion	11,8	[-0,6; 24,2]	0,061	16,2	[4,0; 28,4]	0,009
FDP						
ohne MH vs. EU	7,5	[0,3; 14,8]	0,042	5,7	[-1,4; 12,8]	0,120
ohne MH vs. MENA/Türkei	0,9	[-6,6; 8,3]	0,810	13,3	[6,2; 20,4]	< 0,001
ohne MH vs. frühere Sowjetunion	0,3	[-10,8; 11,4]	0,960	0,4	[-10,7; 11,5]	0,940
EU vs. MENA/Türkei	-6,6	[-16,6; 3,3]	0,190	7,6	[-1,9; 17,2]	0,120
EU vs. frühere Sowjetunion	-7,2	[-20,2; 5,7]	0,270	-5,2	[-18,1; 7,6]	0,420
MENA/Türkei vs. frühere Sowjetunion	-0,6	[-13,6; 12,5]	0,930	-12,9	[-25,7; 0,0]	0,049
Die Linke						
ohne MH vs. EU	-4,6	[-11,8; 2,6]	0,210	-5,6	[-12,7; 1,5]	0,120
ohne MH vs. MENA/Türkei	-20,1	[-27,5; -12,6]	< 0,001	-9,5	[-17,0; -2,1]	0,012
ohne MH vs. frühere Sowjetunion	1,1	[-9,8; 12,0]	0,840	7,2	[-3,0; 17,4]	0,160
EU vs. MENA/Türkei	-15,4	[-25,3; -5,6]	0,002	-3,9	[-13,8; 5,9]	0,430
EU vs. frühere Sowjetunion	5,8	[-6,9; 18,5]	0,370	12,8	[0,7; 24,9]	0,037
MENA/Türkei vs. frühere Sowjetunion	21,2	[8,4; 34,1]	0,001	16,8	[4,5; 29,0]	0,007

Anhang III. Paarvergleiche Abbildung 1 (Fortsetzung)

	2024			2025		
<i>Herkunftsregion (A – B)</i>	<i>Diff. %-Pkt.</i>	<i>95 %-KI</i>	<i>p</i>	<i>Diff. %-Pkt.</i>	<i>95 %-KI</i>	<i>p</i>
AfD						
ohne MH vs. EU	7,4	[1,3; 13,6]	0,018	7,5	[1,6; 13,5]	0,013
ohne MH vs. MENA/Türkei	10,9	[4,8; 17,0]	< 0,001	12,7	[7,1; 18,3]	< 0,001
ohne MH vs. frühere Sowjetunion	-17,8	[-29,0; -6,6]	0,002	-16,3	[-27,4; -5,2]	0,004
EU vs. MENA/Türkei	3,5	[-4,7; 11,7]	0,400	5,2	[-2,5; 12,8]	0,190
EU vs. frühere Sowjetunion	-25,3	[-37,7; -12,8]	< 0,001	-23,9	[-36,1; -11,6]	< 0,001
MENA/Türkei vs. frühere Sowjetunion	-28,8	[-41,2; -16,3]	< 0,001	-29,0	[-41,1; -16,9]	< 0,001

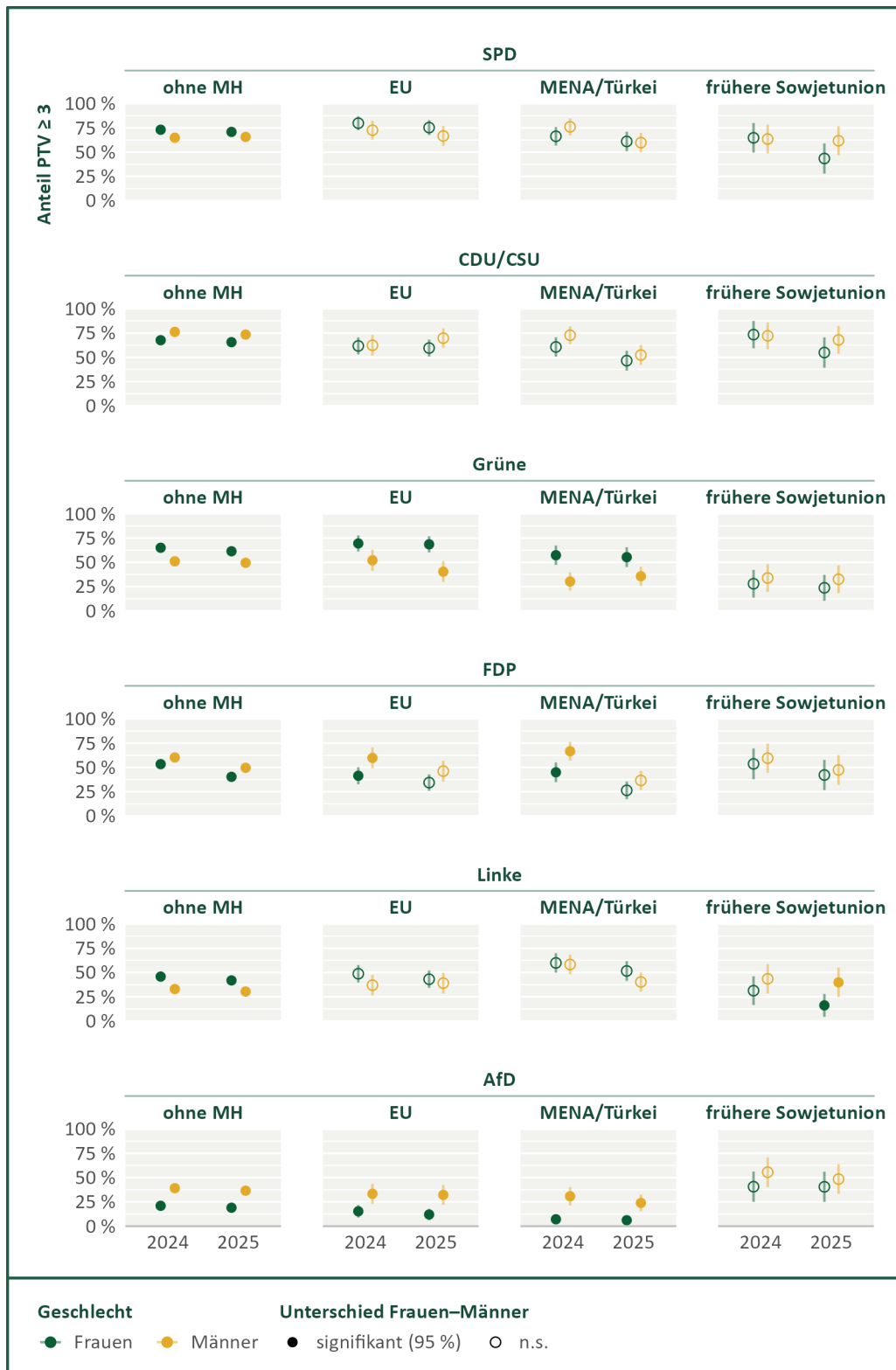
Anhang IV. Paarvergleiche Abbildung 5

	2024			2025		
<i>Altersgruppe (A – B)</i>	<i>Diff. %-Pkt.</i>	<i>95 %-KI</i>	<i>p</i>	<i>Diff. %-Pkt.</i>	<i>95 %-KI</i>	<i>p</i>
SPD						
18–35 vs. 36–64	5,7	[1,9; 9,5]	0,003	2,6	[–1,4; 6,7]	0,200
18–35 vs. 65+	–3,9	[–10,2; 2,4]	0,220	–5,3	[–11,3; 0,7]	0,085
36–64 vs. 65+	–9,6	[–15,6; –3,6]	0,002	–7,9	[–13,5; –2,3]	0,005
CDU/CSU						
18–35 vs. 36–64	–7,5	[–11,4; –3,7]	< 0,001	–12,3	[–16,4; –8,1]	< 0,001
18–35 vs. 65+	–10,1	[–16,5; –3,8]	0,002	–14,6	[–20,7; –8,4]	< 0,001
36–64 vs. 65+	–2,6	[–8,5; 3,4]	0,400	–2,3	[–7,9; 3,2]	0,410
Bündnis 90/Die Grünen						
18–35 vs. 36–64	10,5	[6,4; 14,5]	< 0,001	7,3	[3,0; 11,5]	< 0,001
18–35 vs. 65+	2,9	[–4,2; 10,1]	0,420	6,1	[–0,6; 12,8]	0,074
36–64 vs. 65+	–7,5	[–14,4; –0,7]	0,031	–1,2	[–7,4; 5,1]	0,720
FDP						
18–35 vs. 36–64	5,5	[1,4; 9,6]	0,008	4,1	[–0,2; 8,4]	0,059
18–35 vs. 65+	8,3	[1,0; 15,5]	0,026	5,9	[–0,8; 12,5]	0,085
36–64 vs. 65+	2,7	[–4,2; 9,7]	0,440	1,7	[–4,5; 7,9]	0,580
Die Linke						
18–35 vs. 36–64	11,8	[7,7; 15,9]	< 0,001	13,4	[9,2; 17,6]	< 0,001
18–35 vs. 65+	9,1	[1,9; 16,2]	0,013	15,7	[9,3; 22,0]	< 0,001
36–64 vs. 65+	–2,8	[–9,5; 4,0]	0,420	2,2	[–3,5; 8,0]	0,450
AfD						
18–35 vs. 36–64	–4,7	[–8,5; –0,9]	0,015	–6,8	[–10,6; –3,1]	< 0,001
18–35 vs. 65+	4,5	[–1,7; 10,7]	0,160	1,1	[–4,6; 6,8]	0,700
36–64 vs. 65+	9,2	[3,3; 15,2]	0,002	7,9	[2,6; 13,3]	0,004

Anhang V. Paarvergleiche Abbildung 6

	2024			2025		
<i>Einkommen (A – B)</i>	<i>Diff. %-Pkt.</i>	<i>95 %-KI</i>	<i>p</i>	<i>Diff. %-Pkt.</i>	<i>95 %-KI</i>	<i>p</i>
SPD						
< 3.000 € vs. 3.000–4.999 €	2,3	[–1,9; 6,5]	0,280	0,3	[–3,9; 4,6]	0,880
< 3.000 € vs. ≥ 5.000 €	0,1	[–4,3; 4,5]	0,960	–1,1	[–5,6; 3,4]	0,620
3.000–4.999 € vs. ≥ 5.000 €	–2,2	[–6,8; 2,4]	0,350	–1,5	[–6,1; 3,2]	0,530
CDU/CSU						
< 3.000 € vs. 3.000–4.999 €	–7,4	[–11,6; –3,2]	< 0,001	–9,4	[–13,7; –5,1]	< 0,001
< 3.000 € vs. ≥ 5.000 €	–13,8	[–18,0; –9,6]	< 0,001	–15,4	[–19,8; –11,0]	< 0,001
3.000–4.999 € vs. ≥ 5.000 €	–6,4	[–10,7; –2,2]	0,003	–6,0	[–10,4; –1,6]	0,008
Bündnis 90/Die Grünen						
< 3.000 € vs. 3.000–4.999 €	6,7	[2,2; 11,3]	0,004	3,3	[–1,2; 7,8]	0,160
< 3.000 € vs. ≥ 5.000 €	–7,2	[–11,9; –2,5]	0,003	–7,8	[–12,5; –3,0]	0,001
3.000–4.999 € vs. ≥ 5.000 €	–13,9	[–18,8; –9,1]	< 0,001	–11,1	[–16,0; –6,1]	< 0,001
FDP						
< 3.000 € vs. 3.000–4.999 €	–5,3	[–9,9; –0,8]	0,021	–3,4	[–7,9; 1,1]	0,140
< 3.000 € vs. ≥ 5.000 €	–12,9	[–17,6; –8,2]	< 0,001	–14,1	[–18,9; –9,3]	< 0,001
3.000–4.999 € vs. ≥ 5.000 €	–7,6	[–12,4; –2,7]	0,002	–10,7	[–15,7; –5,7]	< 0,001
Die Linke						
< 3.000 € vs. 3.000–4.999 €	11,4	[6,9; 15,9]	< 0,001	7,4	[3,0; 11,9]	< 0,001
< 3.000 € vs. ≥ 5.000 €	17,0	[12,3; 21,6]	< 0,001	13,2	[8,7; 17,8]	< 0,001
3.000–4.999 € vs. ≥ 5.000 €	5,6	[0,8; 10,3]	0,021	5,8	[1,1; 10,4]	0,015
AfD						
< 3.000 € vs. 3.000–4.999 €	–2,7	[–6,9; 1,6]	0,220	–4,4	[–8,6; –0,2]	0,038
< 3.000 € vs. ≥ 5.000 €	7,7	[3,4; 12,0]	< 0,001	4,0	[–0,2; 8,2]	0,061
3.000–4.999 € vs. ≥ 5.000 €	10,4	[5,9; 14,8]	< 0,001	8,4	[4,0; 12,8]	< 0,001

Anhang VI. Intersektion, Herkunftsgruppe und Geschlecht



IMPRESSUM

Herausgeber



Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V.

Mauerstraße 76

10117 Berlin

+49 (0)30 200 754 130

presse@dezim-institut.de

www.dezim-institut.de

Autor*innen

Dr. Friederike Römer, Long Nguyen, Mara Junge und Dr. Jannes Jacobsen

Redaktion

Maren Seidler

Lektorat

Mandy Ganske-Zapf, Tamina Kutscher

Layout

neonfisch.de

Satz

DeZIM-Institut

ISBN

978-3-911716-35-2

Zitiervorschlag:

Römer, Friederike; Nguyen, Long; Junge, Mara und Jacobsen, Jannes (2026): Stabilität und Wandel: Welche Parteien können sich Wähler*innen mit und ohne Migrationshintergrund vorstellen zu wählen? DeZIM Data.insights 21, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).

DeZIM Data.insights geben die Auffassung der Autor*innen wieder.

© Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V., 2026.

Alle Rechte vorbehalten.

Diese Publikation erscheint unter der Creative-Commons-Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0).

Der vollständige Lizenztext ist unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/> einsehbar. Die Publikation ist dauerhaft über die Website des DeZIM-Instituts unter www.dezim-institut.de/publikationen/ sowie im Social Science Open Access Repository (SSOAR) unter www.ssoar.info/ssoar/ abrufbar.

Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) forscht zu Integration und Migration, zu Konsens und Konflikten, zu gesellschaftlicher Teilhabe und zu Rassismus. Es besteht aus dem DeZIM-Institut und der DeZIM-Forschungsgemeinschaft. Das DeZIM-Institut hat seinen Sitz in Berlin-Mitte. In der DeZIM-Forschungsgemeinschaft verbindet sich das DeZIM-Institut mit sieben anderen Einrichtungen, die in Deutschland zu Migration und Integration forschen. Das DeZIM wird durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) gefördert

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend